

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

20.12.2023

Inhalt

EWN

1 Die Schicht im Schacht Konrad geht weiter <i>die tageszeitung, 20.12.2023</i>	3
2 Südafrika liebäugelt mit russischer Atomkraft <i>Neue Zürcher Zeitung, 20.12.2023</i>	4

die tageszeitung | 20.12.2023 | S. 8

Auflage: 44.634 | Reichweite: 313.141

Reimar Paul

Die Schicht im Schacht Konrad geht weiter

Niedersachsens Umweltminister Meyer weist Anträge auf Rücknahme der Genehmigung für das nukleare Endlager Konrad ab. Umweltschützer prüfen neuerliche Klagen

Der Förderturm des ehemaligen Eisenbergwerks Schacht Konrad ragt wie ein Wahrzeichen aus der flachen Landschaft bei Salzgitter. Die nach dem früheren Aufsichtsratsvorsitzenden der Salzgitter AG, Konrad Ende, benannte Grube war nur elf Jahre in Betrieb, bevor sie 1975 wegen Unrentabilität wieder geschlossen wurde. In den Folgejahren ließ die Bundesregierung die Schachanlage auf ihre Eignung als Endlager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle untersuchen. 1982 startete dafür das Genehmigungsverfahren. Das hält bis heute an.

Am Dienstag stellte Niedersachsens Umweltminister Christian Meyer (Grüne) in Hannover die Weichen, dass das zukünftige Endlager zunächst weiter gebaut werden kann. Er wies einen Antrag von BUND und Nabu auf Rücknahme oder Widerruf der Genehmigung vorläufig ab. Die beiden Organisation hatten vor zweieinhalb Jahren beantragt, das Land solle den Planfeststellungsbeschluss von 2002 widerrufen oder zurücknehmen. Sie begründeten dies im Kern damit, dass das Endlager nicht mehr dem Stand von Wissenschaft und Technik entspreche.

Meyer betonte, dass die rotgrüne Landesregierung den Bau und die Inbetriebnahme des Endlagers Schacht Konrad zwar kritisch sehe, da es keine Rückholoption für den Atommüll und auch keine vergleichende Endlagersuche gebe. „Der Antrag der Umweltverbände auf Rücknahme der Genehmigung musste aber aus formalen Gründen abgelehnt werden, weil die Frist abgelaufen war.“ Der Antrag auf Widerruf „war ebenfalls abzulehnen, da zum Beispiel nur Punkte geprüft werden konnten, die sich seit 2002 durch Änderungen an den Planungen wesentlich verändert hatten“.

BUND, Nabu und das „Bündnis Salzgitter gegen Schacht Konrad“ zeigten sich über Meyers Entscheidung enttäuscht. „Es ist äußerst bedauerlich“, erklärten Tonja Mannstedt, Geschäftsführerin des nieder-

sächsischen BUND-Landesverbandes, und Petra Wasmann, Konrad Beauftragte des Nabu Niedersachsen. „Schacht Konrad ist und bleibt als Lager für schwach und mittelradioaktiven Atommüll ungeeignet.“

„Jetzt geht die Auseinandersetzung in die nächste Runde“ - Matthias Wilhelm, IG Metall Salzgitter-Peine

Salzgitters Oberbürgermeister Frank Klingebiel (CDU) sagte, der Stadtrat habe schon vor drei Jahren beschlossen, juristische Schritte gegen einen ablehnenden Bescheid des Ministers politisch und finanziell zu unterstützen. „Es ist bedauerlich, dass wir diese Karte jetzt wohl ziehen müssen, aber wir sind gerüstet.“

„Jetzt wird die Auseinandersetzung wohl in die nächste Runde gehen müssen“, betonte auch Matthias Wilhelm von der IG Metall Salzgitter-Peine: „Dann wird weiter das Geld der Steuerzahler durch den Umbau eines alten und maroden Schachtes zu einem Atommülllager verschwendet.“

Die Anti-Atom-Organisation „ausgestrahlt“ warnte, bei Schacht Konrad wiederholten sich die Fehler aus der Asse und aus Gorleben. In allen drei Fällen hätten politische – und nicht sicherheitstechnische – Erwägungen den Ausschlag für die Standortwahl als Atommülllager gegeben. „Hier wie dort ging es nur darum, den strahlenden Müll so schnell wie möglich loszuwerden. Und wie in der Asse und in Gorleben beharrt die Politik auch bei Schacht Konrad jahrzehntelang auf ihren Atommüll-Plänen – ungeachtet aller fachlichen Kritik.“

Mitte Februar will Meyer endgültig über das Endlager entscheiden. Bis dahin haben die Kritiker Zeit, den Bescheid zu prüfen und weitere Argumente gegen das Endlager vorzubringen.

📰 Neue Zürcher Zeitung | 20.12.2023 | S. 5

📄 Auflage: 80.908 | Reichweite: 243.000

👤 Christian Putsch

Südafrika liebäugelt mit russischer Atomkraft

Die Regierung in Pretoria plant den Ausbau der Kernenergie – andere Länder Afrikas sind schon einen Schritt weiter

Kapstadt. Afrikas bisher einziges Atomkraftwerk steht in der Nähe der südafrikanischen Metropole Kapstadt. Seit einem Jahr erlebt es eine wenig produktive Phase. Eine der beiden Einheiten der Koeberg-Anlage war bis November fast ein Jahr lang offline. Und vor wenigen Tagen wurde nun die zweite Einheit wegen Wartungsarbeiten vom Netz genommen; man rechnet mit einer ähnlich langen Ausfallzeit wie bei der ersten Einheit.

Das fast vierzig Jahre alte AKW liefert normalerweise etwa 5 Prozent des in Südafrika produzierten Stroms, mehr als 80 Prozent werden aus Kohle produziert. Südafrika leidet unter permanentem Strommangel.

«Die billigste Option»

Geht es nach der südafrikanischen Regierung, wird das Land bald verstärkt auf Atomkraft setzen. Der Energieminister Kgosientsho Ramokgopa hat dieser Tage verkündet, dass man demnächst mit dem Verfahren zur Auftragsvergabe für Kernkraft mit einer Gesamtleistung von 2500 Megawatt beginnen werde. Die dafür nötigen ein bis zwei Werke sollen in «zehn bis zwölf Jahren» den Betrieb aufnehmen, so der Minister. «Das ist die billigste Option», sagte er – und fing sich für die gewagte Behauptung reichlich Gegenwind von südafrikanischen Umweltschützern ein.

Auch in Russland wurden seine Aussagen interessiert wahrgenommen, das staatliche Propagandaportal «Sputnik» berichtete ausführlich. Schon 2016 hätte der Kreml beinahe ein Milliardengeschäft für den Bau von südafrikanischen Kernkraftwerken an Land gezogen, mit einer viermal so hohen Kapazität wie jetzt beschlossen. Das Geschäft, das Südafrika an den Rand des Staatsbankrotts gebracht hätte, wäre die Krönung der uferlosen Korruption unter dem damaligen Präsidenten Jacob Zuma gewesen. Das Finanzministerium konnte das Fiasko damals gerade noch stoppen.

Man kann davon ausgehen, dass Russland auch diesmal zu den Bietern zählen wird. Soeben wurde bekannt, dass Südafrikas Kabinett einer Kreditvereinba-

rung mit der russischen Gazprombank für die Sanierung des südafrikanischen Öl- und Gaskonzerns PetroSA zugestimmt hat. Die grösste Oppositionspartei, Democratic Alliance (DA), zeigte sich «zutiefst besorgt», schliesslich setze die Entscheidung Südafrika dem Risiko von Sekundärsanktionen aus. «Wir lehnen jede Form von unangemessenem Einfluss, insbesondere von ausländischen Regierungen, kategorisch ab», heisst es in einer Erklärung der DA.

Bauverträge mit Rosatom

Der wachsende Einfluss des Kremls auf die südafrikanische Energiewirtschaft fügt sich in die Entwicklung auf dem Kontinent. In Ägypten baut Rosatom derzeit das erste Kernkraftwerk des Landes, die Anlage wird vier Reaktoren umfassen und 4,8 Gigawatt Strom liefern. Mit der Militärregierung in Burkina Faso schloss der russische Staatskonzern im Oktober ebenfalls eine Absichtserklärung für den Bau eines AKW ab – wie zuvor mit Nigeria, Uganda und Kenya.

Der südafrikanische Anti-Atomkraft-Aktivist Peter Becker vermutet dahinter eine geopolitische Strategie. «Diese Länder würden sich auf Jahrzehnte hin von Russland abhängig machen», sagt er, «Moskau würde die Ingenieure stellen, die für die Wartung und das Abfallmanagement unentbehrlich wären.» Im Gegenzug könnte Russland Zugang zu den Bodenschätzen erwarten, was angesichts der Sanktionen gegen Russland von besonders grosser Bedeutung sei.

Mit derartigen Positionen hat Becker den regierenden African National Congress (ANC) verärgert. Bis Februar 2022 sass er im Vorstand der nationalen Atomaufsichtsbehörde. Dann wurde er vom mächtigen Minister für Mineralien, Gwede Mantashe, wegen seines Widerstands gegen die Kernenergie gefeuert. Becker klagte dagegen erfolgreich in erster Instanz, die Angelegenheit liegt nun beim Obersten Gerichtshof.

Berater streichen Millionen ein

Mit starken Meinungen hält sich der Atomkraftgegner nach wie vor nicht zurück. Becker hält es für möglich, dass der ANC angesichts der klammen Staatskassen nach «Schlupflöchern» für die Finanzierung suchen wird. Zum Beispiel im Zusammenhang mit einem spektakulären Handel, der Südafrika vor zwei Jahren beim Klimagipfel in Glasgow gelang: Grosse Industrienationen, darunter Deutschland, verpflichteten sich, den südafrikanischen Umbruch vom fossilen Energieträger Kohle zu klimafreundlicher Energiegewinnung mit stattlichen 8,5 Milliarden Dollar zu unterstützen.

In den Verträgen sei der Fokus auf erneuerbare Energien klar fixiert, sagt Becker. «Aber ich schliesse nicht

aus, dass, wie so oft bei derart grossen Beträgen, die Haie schon um die Beute kreisen.» Er hoffe, dass die Geberländer die nötigen Kontrollmechanismen installiert hätten.

Allerdings ist es eine Frage, ob der ANC den Bau eines oder mehrerer neuer Kraftwerke überhaupt ernsthaft anstrebt. Das liegt nicht nur an den langen und äusserst kostspieligen Bauzeiten. Vor sieben Jahren, 2016, scheiterte Zuma zwar mit seinen AKW-Plänen, dennoch wurden aber Beraterhonorare in Höhe von 212 Millionen Rand, umgerechnet gut 10 Millionen Franken, gezahlt. «Das ist eine Methode, um gut vernetzte Personen mit Verträgen zu belohnen», sagt Becker. Besonders in Zeiten des Wahlkampfs könne sich das auszahlen. Kommenden Frühling wird in Südafrika gewählt.